



Presseschau vom 24.06.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: **Bundestagsausschuss beschließt: Milliarden für umstrittenes europäisches Luftkampfsystem FCAS**

Kurz vor Ende der Legislaturperiode stimmte der Haushaltsausschuss des Bundestages für die Finanzierung der nächsten Projektphase des wohl größten europäischen Luftabwehrsystems FCAS. Kritik kam zuvor sowohl vom Bundesrechnungshof als auch von Friedensaktivisten.

...

<https://kurz.rt.com/2kbg>

Dagmar Henn: **Russische Pazifikflotte vor Hawaii: Vom Zeigen der Instrumente**

Wie in solchen Fällen üblich, werden alle Puzzlesteine hinter dem Putin-Biden Gipfel erst allmählich sichtbar. Einer davon war das Manöver der russischen Pazifikflotte vor Hawaii, das die Kompromissbereitschaft der US-amerikanischen Seite erhöht haben dürfte. ...

<https://kurz.rt.com/2kap>

Ilona Pfeffer: **„Britisches Kriegsschiff hatte dort nichts verloren“ – Craig Murray zum Vorfall im Schwarzen Meer**

Der ehemalige britische Botschafter und Experte für Seerecht, Craig Murray, hat in einem Blogbeitrag die Konfrontation in der Straße von Kertsch kommentiert. Der britische Zerstörer habe in russischen Gewässern nichts verloren und es gelte keineswegs das Recht auf

friedliche Durchfahrt. ...

<https://snanews.de/20210624/craig-murray-zum-vorfall-im-schwarzen-meer-2606551.html>

de.rt.com: **Defender-Vorfall im Schwarzen Meer: BBC-Journalist bestätigt bewusste Provokation gegen Russland**

Ein BBC-Journalist, der beim Eindringen der britischen "HMS Defender" in russisches Hoheitsgewässer an Bord war, bestätigt, dass es sich um eine an Russland adressierte Provokation gehandelt hat. Moskau wirft London die Verbreitung von Lügen vor und warnt vor Konsequenzen. ...

<https://kurz.rt.com/2kc6>

de.rt.com: **McAfee: "Sollte ich mich selbst umgebracht haben – dann geschah das nicht durch meine Hand"**

Der Tod von John McAfee in der Auslieferungshaft in einem spanischen Gefängnis hat zahlreiche Kritik hervorgerufen, lobende Nachrufe erzeugt, aber auch Verschwörungstheorien ins Rollen gebracht. ...

<https://kurz.rt.com/2kcs>

Andrej Iwanowski: Sportfremdes Spektakel: Der Regenbogen-Hype

Manuel Neuer trägt bereits seit dem Testspiel gegen Lettland am 7. Juni seine Regenbogen-Kapitänsbinde. Bis zum Spiel gegen Portugal schien das niemanden zu stören. Kaum jemand konnte ahnen, dass dies Teil einer groß angelegten Aktion war. War es aber wirklich so gedacht? ...

<https://snanews.de/20210624/regenbogen-hype-2612008.html>

abends/nachts:

de.rt.com: **Russischer Verteidigungsminister: Lage in Europa ist explosiv**

Auf der Moskauer Konferenz für internationale Sicherheit hat der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu die aktuelle Lage in Europa als explosiv eingeschätzt. Schoigu zufolge besteht die Hauptaufgabe der NATO heute darin, Russland und China einzudämmen.

Angesichts der wachsenden Konfrontation zwischen Russland und der NATO in Europa hat der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu in seiner Rede auf der Moskauer Konferenz für internationale Sicherheit die Lage in der Region als explosiv bezeichnet. Der Minister erklärte, die NATO sei zu einem globalen politisch-militärischen Bündnis geworden, dessen Hauptaufgabe darin bestehe, Russland und China einzudämmen. Schoigu verwies zunächst auf die Ergebnisse des NATO-Gipfels in Brüssel und die Erhöhung der Militärausgaben von Mitgliedstaaten hin:

"Die auf dem Gipfel getroffenen Beschlüsse, die Militärausgaben der Mitgliedstaaten zu erhöhen und das Potenzial der nuklearen Abschreckung zu verbessern, werden die militärische Konfrontation in Europa auf Jahre hinaus verhärten."

Außerdem äußerte der russische Verteidigungsminister seine Besorgnis bezüglich der NATO-Militärmanöver in Europa in der Nähe der russischen Grenzen. Schoigu zufolge deutete dies darauf hin, dass die NATO die Verlegung ihrer Truppen an die Grenzen von Russland und Weißrussland trainiert.

Nach der Ansicht des Ministers hatte man aus Kiew im Vorfeld des NATO-Gipfels eine Eskalation des Konflikts in der Ostukraine provoziert. Dies zeuge davon, dass der NATO-Russland-Dialog in der Realität die Spannungen in den bilateralen Beziehungen zwischen dem Militärbündnis und Russland nicht senken werde. Manche europäischen Länder seien überdies an einer Eskalation der Konfrontation mit Russland durchaus interessiert.

Der Chef des russischen Föderalen Sicherheitsdienstes (FSB) Alexander Bortnikow betonte in seiner Rede auf der Konferenz die Wichtigkeit der internationalen Zusammenarbeit für den Kampf gegen Extremismus und Terrorismus. Bortnikow zufolge erhöhte die COVID-19-Pandemie die Isolation der Migranten in der Gesellschaft, was zu deren verstärkter Rekrutierung durch terroristische Organisationen führe. Außerdem verwies der FSB-Chef auf die Bedrohung durch die Verbreitung der rechtsextremen und neonazistischen Ideen in einigen europäischen Staaten. Ihm zufolge bekommen rechtsextreme Aktivisten Training in speziellen Lagern in Europa:

"Es gibt Staaten in Europa, die Nazismus rechtfertigen oder sogar gezielt in ihre nationale Ideologie einbinden. Paramilitärische Organisationen, die auf ihrem Territorium aktiv sind, bieten rechtsextremen Aktivisten aus anderen Ländern die Möglichkeit, in ihren Lagern zu trainieren."

Bortnikow unterstrich, dass alle Staaten im Kampf gegen Terrorismus zusammenarbeiten müssten. Er betonte, Russland und die USA hätten Vereinbarungen getroffen, um gemeinsam gegen Hackerangriffe vorzugehen und im Bereich der Cybersicherheit zusammenzuarbeiten.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60d36783b480cc53ff37c38b.jpg>

snews.de: **Fall Nawalny: Moskau nennt Bedingung für Zusammenwirken mit Berlin**

Das russische Außenministerium hat seine Bereitschaft bekräftigt, das Zusammenwirken mit Deutschland im Fall Nawalny wieder aufzunehmen, wenn Berlin diesbezügliche Anfragen Moskaus beantwortet.

„Die deutschen Rechtsschutzorgane haben keine einzige inhaltvolle Antwort auf insgesamt acht Ersuchen der Staatsanwaltschaft Russlands um völkerrechtliche Hilfe in der Situation mit Nawalny gegeben“, sagte die amtliche Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, am Mittwoch bei einem Briefing.

Ihr zufolge wurde klar zu verstehen gegeben, dass man auch künftig diesen Bitten nicht stattgeben werde. „Jegliche Forderungen des offiziellen Berlins in Bezug auf irgendwelche Ermittlungen im Kontext dieses Falls sind durchaus haltlos und heuchlerisch schlechthin“, so die Außenamtssprecherin.

„Angesichts einer schwer erklärbaren und äußerst verdächtigen Abgeneigtheit der deutschen Behörden gegen eine Kooperation erscheint es völlig sinnlos, den Dialog mit ihnen zu beliebigen Aspekten dieses Falls fortzusetzen. Dabei bekräftigt die russische Seite ihre Bereitschaft, das Zusammenwirken wiederaufzunehmen, um alle Umstände des Vorfalls mit dem russischen Bürger zu klären, wenn die deutschen Behörden ihren Verpflichtungen im Rahmen der internationalen rechtsschutzbezogenen Zusammenarbeit und der Bereitstellung aller angeforderten Angaben und Beweisstücke nachgekommen sind“, ergänzte Sacharowa. Nawalny war im August 2020 in ein Krankenhaus in Omsk gebracht worden, nachdem er sich

beim Flug von Tomsk nach Moskau schlecht gefühlt hatte. Die Ärzte stellten bei ihm eine Stoffwechselstörung fest, die eine Zuckerspiegeländerung im Blut auslöste. Nach Angaben der Omsker Ärzte wurde weder im Blut noch im Urin des Patienten Gift nachgewiesen. Nawalny wurde später nach Deutschland ausgeflogen. Die Bundesregierung erklärte damals mit Verweis auf Militärmediziner, dass er mit einer Substanz der Nowitschok-Reihe vergiftet worden sei.

Der russische Präsident Wladimir Putin erklärte im Dezember vergangenen Jahres, zum Fall mit der „Vergiftung“ laufe eine Untersuchung, doch ein Strafverfahren könne ohne Sachmaterialien nicht eingeleitet werden. Dabei würden die Bitten Russlands, ein offizielles Gutachten zu diesem Zwischenfall zur Verfügung zu stellen, vom Westen ignoriert. Noch an dem Tag, als Nawalny ins Krankenhaus gebracht wurde, hatten die Staatsanwaltschaft und die Polizei Russlands ihre Ermittlungen eingeleitet. Der Kremlkritiker, dessen frühere Bewährungsstrafe wegen Unterschlagung von Geldmitteln des Unternehmens Yves Rocher durch eine reale Freiheitsstrafe ersetzt wurde, sitzt derzeit in einer Arbeitskolonie ein. Grund dafür ist, dass Nawalny gegen die Auflagen für seine Bewährungsstrafe verstoßen hatte.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/05/06/1992783_0:144:3130:1905_1440x0_80_0_0_90c521e2a4a5bd397b6d9d530e8cb2a8.jpg

telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Infolge von Beschuss wurden Schäden am Rand von Donezk festgestellt

Wie bereits mitgeteilt wurde, haben die BFU heute um 20:15 Uhr den nördlichen Rand von Donezk mit Mörsern beschossen.

Dabei wurden eine Niederdruckgasleitung und die Verglasung der Fassade der Kogenerationsstation in der Noworossijskaja-Straße 9b beschädigt.

Inzwischen ist die Gasleitung von Mitarbeitern des Sasjadko-Bergwerks repariert worden, der Brand von Grad wurde auch gelöscht.

Nach vorläufigen Informationen wurden keine Opfer unter der Zivilbevölkerung festgestellt. Genauere Informationen werden noch ermittelt.

de.rt.com: **US-Militär nervös: Russische Marine übte vor Hawaii das Versenken einer Flugzeugträgergruppe**

Mit zwanzig Schiffen und zwanzig Flugzeugen fand vor wenigen Tagen das größte Manöver der russischen Pazifikflotte seit dem Kalten Krieg statt. Da die Übung nur 300 Seemeilen von Hawaii entfernt stattfand, reagierte das US-Militär nervös.

Unter der Leitung ihres Kommandeurs, Admiral Sergei Awakjanz, hielt die russische Pazifikflotte ihr größtes Manöver seit Langem ab. Nach Angaben der Presseerklärung des russischen Verteidigungsministeriums vom Montag fand dieses in einer Entfernung von 2.500 Seemeilen von den Kurilen statt. Der US-amerikanischen Presse lässt sich allerdings

entnehmen, dass der Einsatzort in der Nähe von Hawaii lag. Ein unbestätigtes Satellitenbild zeigt einen Teil des Verbandes in einer Entfernung von nur 35 Kilometern zur US-Inselgruppe.

Zwanzig Kriegsschiffe, U-Boote und Transportschiffe waren beteiligt, darunter das Flaggschiff der Pazifikflotte Orden Nachimow, der Garde-Raketenkreuzer Warjag, die Fregatte Marschall Schaposchnikow und die Korvetten "Held der Russischen Föderation Aldar Zydendjanow", "Sowerschennij" und "Gromkij". Dazu kamen ebenfalls zwanzig Flugzeuge, darunter Tu-142M3, MiG-31BM, Il-38 sowie Il-38N und ein Tankflugzeug Il-78. Neben Übungen in der Luftabwehr und der Suche nach gegnerischen U-Booten wurde auch das Versenken einer Flugzeugträgergruppe geübt. Dazu teilte sich der Verband in zwei Gruppen, die sich 300 Seemeilen voneinander entfernten. Dabei wurde die Entdeckung und Abwehr feindlicher Raketen ebenso geübt wie der Angriff mit ballistischen Raketen auf die "Flugzeugträgergruppe".

Außerdem wurde ein Angriff auf wichtige Infrastrukturpunkte des simulierten Gegners mit Lenkraketen geübt. Dieser Angriff erfolgte von Schiffen wie von Flugzeugen, abgesichert durch zwei Langstrecken-Seeaufklärer Tu-142M3. Die an der Übung beteiligten Flugzeuge wurden auf einer Höhe von 5.000 Metern bei einer Geschwindigkeit von 500 bis 600 Kilometer betankt. Sie erreichten Flugzeiten von über 14 Stunden und legten dabei mehr als 10.000 Kilometer zurück.

Nach US-amerikanischen Angaben stiegen während der Übung zweimal eine F-22 der hawaiianischen Nationalgarde auf, um die Tu-142 abzufangen, die aber nie in den US-Luftraum eindrangen. Außerdem wurde ein Manöver der Flugzeugträgergruppe um die USS Vinson laut Berichterstattung von CBS in Reaktion auf das russische Manöver in die Nähe Hawaiis verlegt.

US-Militärkommentatoren jedenfalls wunderten sich, warum das Pentagon nicht nur vor dem Gipfeltreffen von Biden und Putin, sondern selbst noch danach keinerlei Stellungnahme zu diesem Manöver abgab. Tatsächlich wurden die Berichte aus Hawaii erst durch die Presseerklärung des russischen Verteidigungsministeriums offiziell bestätigt.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60d3247448fbef53b940e957.jpg>

snews.de: **Bundesregierung muss Nord Stream 2 politisch durchsetzen – deutsche Unternehmer in Moskau**

Bei der vor allem in den USA und Osteuropa umstrittenen Ostseepipeline Nord Stream 2 ist die Stimmung der in Russland tätigen deutschen Wirtschaft eindeutig. 97 Prozent der deutschen Unternehmer meinen laut einer am Mittwoch veröffentlichten Umfrage, dass die Bundesregierung die Fertigstellung und Inbetriebnahme politisch durchsetzen muss. 94 Prozent halten die Gasverbindung für die europäische Energieversorgung für wichtig oder sogar unverzichtbar. „Nord Stream 2 ist unbedingt notwendig als Brückentechnologie auf dem

Weg zur Energiewende“, kommentierte die aktuelle AHK-Umfrage Rainer Seele, Präsident der Deutsch-Russischen Außenhandelskammer.

„Die Pipeline genießt nicht nur die Unterstützung der deutschen Wirtschaft, sondern der Mehrheit der gesamten deutschen Bevölkerung. Man muss die Fertigstellung und Inbetriebnahme der Ostsee-Pipeline durchsetzen trotz politischem Gegenwind aus den USA und einigen Staaten Osteuropas.“

Auf die SNA-Frage, ob das Schicksal von Nord Stream 2 nach dem Gipfel Putin-Biden gesichert sei, antwortete AHK-Vorstandschef Matthias Schepp: „Was man sehen kann und was allgemein von Analytikern kommentiert worden ist, ist, dass die amerikanischen Sanktionen in den vergangenen Monaten nicht so hart ausgefallen sind, wie sie hätten sein können, weil es jetzt keine Sanktionen gegen die Projektgesellschaft Nord Stream 2 AG selbst oder deren Geschäftsführer gab. Was aber in Zukunft kommt, ist vollkommen offen.“

Mehr als die Hälfte der Befragten deutschen Unternehmer glaubt laut der Umfrage, dass die Bedeutung Russlands für ihr Geschäft langfristig nur zunehmen wird. Gleichzeitig halten es mehr als 90 Prozent der Umfrageteilnehmer für notwendig, die deutschen und europäischen Sanktionen gegen Russland aufzuheben. In diesem Punkt seien sich fast alle einig, so Rainer Seele: „Die deutschen und die europäischen Sanktionen gegen Russland müssen abgeschafft werden. Die Sanktionsspirale hilft nicht, politische Probleme zu lösen, und schadet eigentlich nur der Wirtschaft. Deutsche Firmen laufen Gefahr, aufgrund der Russlandsanktionen große Marktanteile langfristig an die Konkurrenz, vor allem aus China, zu verlieren. 60 Prozent der Firmen wollen einen schrittweisen Abbau der Strafmaßnahmen, 32 Prozent sogar ein sofortiges Ende.“



https://cdn.snanews.de/img/07e5/02/01/742997_0:322:3069:2048_1440x0_80_0_0_345d6c4afa3fd2224ac99143c814596c.jpg

snanews.de: **Kuba-Embargo: Washington trotz erneuter UN-Resolution**

Die Regierung von US-Präsident Joe Biden hat am Mittwoch die Tradition Washingtons fortgesetzt, gegen die jährliche Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen zu stimmen, bei der ein Ende des US-Wirtschaftsembargos gegen Kuba gefordert wird, berichtet Reuters.

Die Resolution wurde demnach zum 29. Mal mit 184 Ja-Stimmen, drei Enthaltungen und zwei Nein-Stimmen – der Vereinigten Staaten und von Israel – angenommen. Die UN-Abstimmung gelte als politisches Gewicht, aber nur der US-Kongress könne das über 50 Jahre alte Embargo aufheben, hieß es.

Der US-Diplomat Rodney Hunter sagte bei der UN-Generalversammlung vor der Abstimmung, dass Sanktionen ein Instrument von Washingtons umfassenderen Bemühungen gegenüber Kuba seien, um dort die Demokratie voranzutreiben, die Achtung der Menschenrechte zu fördern und das kubanische Volk bei der Ausübung der Grundfreiheiten zu

unterstützen.

„Wir sind daher gegen diese Resolution“, sagte Hunter. „Wir sind uns der Herausforderungen bewusst, denen das kubanische Volk gegenübersteht. Deshalb sind die Vereinigten Staaten ein bedeutender Lieferant humanitärer Güter für das kubanische Volk und einer der wichtigsten Handelspartner Kubas.“

Die Vereinigten Staaten stimmten 24 Jahre lang konsequent gegen die UN-Resolutionen zum Kuba-Embargo, enthielten sich aber 2016 zum ersten Mal unter dem ehemaligen Präsidenten Barack Obama, als Washington und Havanna versuchten, ihre Beziehungen wiederherzustellen. Der folgende US-Präsident Donald Trump hatte seinerseits fast alle Maßnahmen zurückgenommen, die Obama ergriffen hatte, um das Embargo zu lockern. Biden schwor während seiner Wahlkampagne, einige von Trumps Kuba-Maßnahmen rückgängig zu machen. Nach Angaben der Biden-Administration gehört die Änderung der Politik gegenüber Kuba allerdings nicht zu den obersten Prioritäten.

Kuba erklärte Anfang Juni, dass das jahrzehntealte US-Handelsembargo 2020 eine Rekordsumme von mehr als neun Milliarden US-Dollar gekostet hätte, was seine Fähigkeit zur Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie beeinträchtigt hätte.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/01/15/610292_0:100:1921:1180_1440x0_80_0_0_df64594d1214364e7cee04f0b8f277a4.jpg

vormittags:

de.rt.com: Sprecherin des russischen Außenministeriums zu Kramp-Karrenbauer: "Wer hat Ihnen das Recht gegeben?"

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums Marija Sacharowa nahm bei ihrer Pressekonferenz am Mittwoch Stellung zu Annegret Kramp-Karrenbauers Rede an der Führungsakademie der Bundeswehr. Es sei zynisch, Russland und China mit dem islamistischen Extremismus zu vergleichen, so Sacharowa.

Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer sprach vergangenen Freitag vor dem Offiziersnachwuchs der Führungsakademie in Hamburg. In der sich schnell verändernden Welt stehe die Bundeswehr vor neuen Herausforderungen, sagte die CDU-Politikerin. Konkret sprach sie mehrere Kernpunkte an: "Für uns Europäer bleibt also viel Platz für mehr Eigenverantwortung. Zum einen in der östlichen Nachbarschaft, wo Russland – mal verdeckt, mal offen – Krieg führt, militärisch massiv aufrüstet und – auch hier: mal verdeckt, mal offen – seine Nachbarn, unsere Freunde und Partner, bedroht. In der südlichen Nachbarschaft, wo sich der islamistische Terrorismus ausbreitet, auch wenn dies aktuell nicht die Nachrichten dominiert, wo das Mittelmeer Schauplatz von geopolitischen Streitereien, Migration und Schmuggel ist". Außerdem betonte sie: "Wir müssen dem Ringen um Werte Muskeln

verleihen".

Marija Sacharowa, Sprecherin des russischen Außenministeriums, kommentierte in diesem Zusammenhang am Mittwoch:

"Sind Sie nicht krank? Ist alles gut? Wer hat Ihnen das Recht gegeben, von offizieller Tribüne aus Russland und China auf der einen Seite und den islamistischen Terrorismus auf der anderen Seite zu vergleichen? Ich möchte die deutsche Verteidigungsministerin daran erinnern, dass Russland – im Gegensatz zu Deutschland – den radikalen Islamismus in Syrien bekämpft."

In der Rede der Ministerin habe es jedoch eine These gegeben, der man nur zustimmen könne, so Sacharowa. Kramp-Karrenbauer hatte den Krieg in der Ostukraine als einen groben Verstoß gegen die Normen des Völkerrechts bezeichnet. Sacharowa meinte diesbezüglich:

"Das ist wahr, aber es wäre schön, wenn die Verteidigungsministerin eines Staates, der zum Normandie-Format gehört, klar darauf hinweisen würde, dass dieser Krieg gegen die eigene Bevölkerung von Kiew entfesselt wurde".

Zur "Nuklearen Teilhabe" der Bundesrepublik hatte Kramp-Karrenbauer erklärt: "Ich habe mich sehr klar in dieser Frage positioniert. Deutschland muss unbedingt weiter teilhaben, und es muss zügig die Systeme in der Nachfolge des Tornado [-Kampffjets, Anm. d. Red.] beschaffen, die das möglich machen". Zugleich betonte sie die Bedeutung der gemeinsamen nuklearen Abrüstung. "Wir wollen weniger, am Ende keine Atomwaffen in Europa und in der Welt", so die CDU-Politikerin.

Sacharowa kommentierte die Aussagen folgendermaßen: "Entweder wurden diese Thesen für die Ministerin von verschiedenen Behörden (mit grundverschiedenen außenpolitischen Doktrinen) verfasst – oder, was leider eher der Fall ist: Berlin heizt unter dem Deckmantel glückseliger Worte von seinem Engagement für den Aufbau einer atomwaffenfreien Welt weiterhin Spannungen beim Atom-Thema in Europa an und erschüttert damit das nicht gerade stabilste Rüstungskontrollsystem im europäischen Raum."

Russland und Deutschland seien, betonte Sacharowa, historisch miteinander verbunden – das sollte man nicht vergessen, vor allem am 80. Jahrestag des Überfalls der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2021.06/article/60d37ca2b480cc34e339d580.jpg>

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 23. Juni 2021 wurde keine Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

de.rt.com: WHO inspiziert Produktionsanlage von Impfstoff Sputnik V und stellt Mängel fest

Nach der Kontrolle einer der Produktionsanlagen zur Herstellung des russischen Impfstoffes Sputnik V hat die WHO einen Bericht über die Mängel veröffentlicht. Die meisten von ihnen sind mit Umweltschutz verbunden. Der Hersteller begann bereits, die entdeckten Mängel zu beseitigen.

Der COVID-19-Impfstoff Sputnik V wird aktuell in sieben Produktionsanlagen in Russland hergestellt. Eine Delegation der Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat vier Anlagen besucht und inspiziert. Über den Herstellungsprozess auf einer von ihnen, Pharmstandard – Ufa Vitaminanlage, hat sie einen Bericht veröffentlicht. Darin wird betont, die Ergebnisse der Inspektion beziehen sich nur auf die Herstellung des Impfstoffes auf der konkreten Anlage. Die meisten im Bericht aufgezählten Mängel beim Herstellungsprozess sind mit den Anforderungen zur Umweltfreundlichkeit verbunden. Außerdem wiesen die Experten auf "Probleme bei der vollständigen Rückverfolgbarkeit, Identifizierung und Historie von Chargen von Gam-COVID-Vac sowie Arzneimittelsubstanzen für die erste und die zweite Impfung durch SAP-Systeme" hin.

Das russische Ministerium für Industrie und Handel erklärte in Bezug auf die Ergebnisse der Inspektion, der Bericht stelle die Qualität des Impfstoffes nicht infrage. Die Anlage habe die mit der Beseitigung der entdeckten Mängel schon begonnen. Danach würden die Experten sie noch einmal besuchen.

Der Sprecher des russischen Präsidenten Dmitri Peskow kommentierte die Ergebnisse der WHO-Kontrolle. Er betonte, alle Empfehlungen würden in Betracht gezogen und Mängel beseitigt werden.

Dem stellvertretenden Gesundheitsminister Russlands Sergei Glagolew zufolge funktioniert in Russland ein mehrstufiges System zur Qualitätskontrolle von Arzneimitteln und ihrer Marktzulassung. Außerdem verwies er darauf, dass das russische Regulierungssystem im Bereich der Impfstoffzirkulation bereits im Jahr 2016 von der WHO erfolgreich bewertet worden sei. Die Abweichungen von strengen Parametern bei der Qualität des Endproduktes würden eindeutig zur Nichtzulassung der Charge des Arzneimittels und deren Zerstörung führen.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2021.06/article/60d350d148fbef53b940e9c4.jpg>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 23. Juni 3:00 Uhr bis 24. Juni 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU 7.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

(Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme - Anm. d. Übers.)

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Bezirke/Ortschaften:

Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks, Siedlung des Bergwerks 6/7, Schirokaja Balka), Oserjanowka, Krasnyj Partisan, Mineralnoje Nowolaspa.

Wie bereits mitgeteilt wurde, wurden durch Beschuss von von Seiten der BFU eine Niedrigdruckgasleitung und die Verglasung der Fassade des Gebäudes der

Kogenerationsstation in der Noworossijskaja-Straße 9b beschädigt.

Die Versuche der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu allen Fällen von Verletzung des Regimes der Feuereinstellung einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf alle unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feuereinstellung ein.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 66.

In den letzten 24 Stunden wurden 2 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

de.rt.com: **Snowden zu McAfees mutmaßlichem Selbstmord: Assange könnte der Nächste sein**

Nach dem mutmaßlichen Selbstmord des Cybersecurity-Pioniers John McAfee meldete sich nun der Whistleblower Edward Snowden zu Wort und warnte davor, dass beispielsweise Julian Assange der Nächste sein könne, der von einem ähnlichen "Vorkommnis" betroffen werde. Auf Twitter schrieb er:

"Europa sollte diejenigen, die gewaltfreier Verbrechen beschuldigt werden, nicht an ein Gerichtssystem ausliefern, das so unfair – und an ein Gefängnisystem, das so grausam – ist, dass einheimische Angeklagte lieber sterben würden, als sich ihm zu unterwerfen. Julian Assange könnte der Nächste sein. Bis das System reformiert ist, sollte ein Moratorium bestehen bleiben."

Der 75-Jährige McAfee wurde am Mittwochabend tot in seiner Gefängniszelle aufgefunden, nur wenige Stunden nach der Genehmigung seiner Auslieferung an die USA durch ein spanisches Gericht. Laut einer offiziellen Erklärung des Justizministeriums deute alles darauf hin, dass es sich um Selbstmord handelte. Die Wiederbelebungsversuche seien erfolglos gewesen, so das Ministerium weiter.

Kurz zuvor hatte ein spanisches Gericht McAfees Auslieferung an die USA erlaubt, wo der frühere Programmierer wegen mutmaßlicher Steuerflucht angeklagt war. Ihm drohten dort bis zu 30 Jahre Haft. Im Oktober 2020 war er in Spanien verhaftet worden und bis zu seiner die Auslieferung betreffenden Anhörung aufgrund eines "Fluchtrisikos" in Haft geblieben.

Schon im November 2018 hatte McAfee einen Tweet veröffentlicht, in dem er behauptete, dass er von US-Vertretern "subtile Botschaften" erhalten hätte, laut denen man beabsichtige, ihn zu töten. Falls nach seinem Tod jemals die Rede von Selbstmord sein sollte, so sei dies falsch, ließ er damals verlauten.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60d44c0cb480cc53ff37c3fb.jpg>

Lug-info.com: In der LVR sind am 24. Juni um 9:00 Uhr 5067 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. Davon wurden bis 4426 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 471 Todesfälle.

snanews.de: **Ausländische Kampffjets im Übungsgebiet russischer Flotte im Pazifik gesichtet**

Im Raum der Übungen der russischen Flotte im zentralen Teil des Pazifischen Ozeans haben ausländische Fliegerkräfte intensiv agiert. Das teilte das russische Verteidigungsministerium Journalisten am Donnerstag mit.

„Während der Luftverteidigungsübungen wurden zur Tarnung der Schiffe vor ausländischen Flugzeugen, die in der Region agierten, Schwebstoffmittel verwendet“, hieß es.

Die Tarnmaßnahme habe ausländische Flugzeuge daran gehindert, den Typ des jeweiligen Schiffes und dessen genaue Koordinaten zu ermitteln, wurde präzisiert. Dies habe zusätzliche Zeit für die Organisation der Luftverteidigung gegeben.

Die Übungen im zentralen Teil des Pazifiks – 2500 Seemeilen (etwa 4600 Kilometer) südöstlich vom Kurilen-Archipel – sind vom 7. bis 24. Juni verlaufen. Daran waren mehr als 20 Schiffe, U-Boote und Versorgungsschiffe der Pazifikflotte beteiligt. Dazu gehörten das Flaggschiff der Flotte – der Raketenkreuzer „Warjag“, die Fregatte „Marschal Schaposchnikow“, die Korvetten „Aldar Zydenschapow“, „Sowerschennyj“ und „Gromkij“. Vor dem Abschluss der Manöver haben die Schiffe Artillerieschießen gegen simulierte See- und Luftziele trainiert.

Bei den Übungen wurden auch Kampfflugzeuge eingesetzt, darunter Fernbomber vom Typ Tu-22M3, die von der Kamtschatka-Halbinsel gestartet waren und Patrouillenaufgaben erfüllt und Schläge gegen Flugzeuge des Übungsgegners geführt hatten.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/06/18/2603183_28:0:1226:674_1440x0_80_0_0_2db98776e2406a06eae56be47bc88ae4.jpg

Mzdnr.ru: Am 23. Juni wurden in der DVR 666 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 150 positiv, bei 45 Patienten wurde die Diagnose COVID-19 klinisch festgestellt.

Am 24. Juni um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 42.277 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

3579 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 35.497 als gesund entlassen, es gibt 3201 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 85 Fälle von Lungenentzündung festgestellt, 19 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 70 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 1097 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 558 mit Sauerstoffunterstützung (+26 in den letzten 24 Stunden).

Außerdem wurden mit 313 Expressstests 46 Patienten entdeckt, die bereits zuvor eine Coronavirusinfektion durchgemacht haben. Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 1949 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht hatten.

de.rt.com: **EU-Kommission schlägt Gemeinsame Cyber-Einheit vor**

Die EU-Kommission will eine Einheit für Cybersicherheit aufstellen, um gegen folgenschwere Cyberangriffe vorzugehen. Die Truppe soll bis Mitte 2022 ihre Arbeit aufnehmen. Alle EU-Staaten sollen künftig von fachkundigen Experten unterstützt werden. Nach den Vorstellungen der EU-Kommission sollen Angriffe via Internet künftig schneller identifiziert und bekämpft werden. Die Cybereinheit soll die in der EU verfügbaren Ressourcen und Fachkenntnisse zusammenbringen, um Sicherheitsvorfälle zu vermeiden und darauf gegebenenfalls zu reagieren. Die Einheit soll in vier Stufen aufgebaut werden und Mitte 2022 ihre Arbeit aufnehmen. Bevor das Projekt starten kann, müssen allerdings noch die EU-Staaten zustimmen.

"Cyberangriffe bedrohen unsere Werte, unseren Lebensstil, unsere Gesellschaft, unsere Prinzipien – und deswegen müssen wir es gemeinsam angehen", sagte Vizekommissionspräsident Margaritis Schinas am Mittwoch bei einer Vorstellung des Konzepts in Brüssel. Die Bedrohungen seien in letzter Zeit exponentiell gestiegen. Zuletzt war etwa der irische Gesundheitsdienst von einer Ransomware-Attacke betroffen. Bei Attacken dieser Art werden Daten verschlüsselt und Lösegeld erpresst. Josep Borrell, Hoher Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, sagte:

"Die Gemeinsame Cyber-Einheit ist ein sehr wichtiger Schritt für Europa, um seine Regierungen, Bürger und Unternehmen vor globalen Cyberbedrohungen zu schützen. Bei

Cyberangriffen sind wir alle anfällig und deshalb kommt es darauf an, auf allen Ebenen zusammenzuarbeiten. Es gibt kein Groß oder Klein. Wir müssen uns wehren und gleichzeitig als Vorbild für andere dienen, indem wir einen globalen, offenen, stabilen und sicheren Cyberraum fördern."

Die EU will mithilfe der Strategie kritische Bereiche wie Krankenhäuser, Energienetze oder Rechenzentren besser vor Hackerangriffen schützen. Zugleich soll mittels Kooperationen mit internationalen Organisationen auf das Ziel eines offenen und globalen Internets hingearbeitet werden.

nachmittags:

snanews.de: **Lawrow: Der Nato schweben aggressive Handlungen Russlands vor**
Moskau ist laut dem russischen Außenminister Sergej Lawrow nach wie vor für einen Dialog mit der Nato offen.

„Den Nato-Strategen schweben erneut aggressive Handlungen Russlands vor. Wir für unseren Teil sind nach wie vor offen für einen fairen und professionellen Dialog“, sagte Lawrow am Donnerstag auf der 9. Moskauer internationalen Konferenz für Sicherheit.

„Unsere konstruktiven und sachlich-konkreten Vorschläge, die auf eine Verringerung der Kriegsgefahr entlang der gesamten Berührungslinie zwischen Russland und der Nordatlantischen Allianz abzielen, liegen schon seit knapp zwei Jahren auf dem Tisch, aber Antworten bleiben aus. Die Nato will überhaupt nicht auf der Ebene des Militärs kommunizieren“, so der Minister.

Lawrow hatte zuvor gesagt, dass die Nato immer noch nicht die Vorschläge Russlands erörtert habe, die vor knapp zwei Jahren auf der Ebene des russischen Generalstabes der Streitkräfte unterbreitet worden seien. Es gehe darum, eine Distanz festzulegen, die von Flugzeugen der Luftstreitkräfte Russlands und der Nato-Länder und von Schiffen der Kriegsmarine nicht missachtet werden dürfe. Auch wurde vorgeschlagen, für Militärübungen Russlands und der Nordatlantischen Allianz eine Entfernung zur Berührungslinie festzulegen.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/05/18/2223018_0:104:3077:1835_1440x0_80_0_0_acaed948700c10f0ebf35b22599b8bbf.jpg

dnr-sckk.ru: Die BFU haben eine Kampfdrohne eingesetzt: ein Verteidiger der Republik wurde getötet

Heute um 10:25 Uhr haben die bewaffneten Formationen der Ukraine in Verletzung von Punkt (a) der Maßnahmen zur Verstärkung der Regimes der Feueinstellung eine Kampfdrohne eingesetzt und einen Schlag auf die Positionen der Volksmiliz der DVR im

Gebiet von Staromichajlowka durchgeführt.
Infolge des Abwurfes einer unbekanntes Sprengvorrichtung starb ein Verteidiger der Republik.

snanews.de: **Betreiber von Nord Stream 2 reicht bei deutschen Behörden Antrag auf Zertifizierung ein**

Die Nord Stream 2 AG hat einen Antrag auf vorsorgliche Zertifizierung als Unabhängiger Transportnetzbetreiber in Deutschland gestellt. Dies teilte das Unternehmen auf seiner Webseite am Donnerstag mit.

Zwar beantragte der Betreiber von Nord Stream 2 die Zertifizierung auf Aufforderung der deutschen Bundesnetzagentur (BNetzA), er hält aber an seiner Rechtsposition zur Änderung der Gasrichtlinie uneingeschränkt fest.

„Der Antrag bedeutet in keiner Weise eine Änderung oder Relativierung der mit den Gerichtsverfahren bzw. dem Schiedsverfahren verfolgten Ziele der Nord Stream 2 AG“, lautet die Pressemitteilung.

Der Betreiber verwies somit auf die im Jahr 2019 verabschiedete Revision der EU-Gasrichtlinie. Diese schreibt unter anderem vor, dass eine Gasleitung aus einem EU-Drittland nicht von einem Unternehmen betrieben werden darf, das als einziger Gaslieferant der Pipeline auftritt. Alternativ dürfte ein durch die EU verlaufender Teil der Gasleitung im Besitz eines dritten Unternehmens sein.

Die Nord Stream 2 AG hatte bereits vor deutschen Gerichten gegen die Ablehnung ihres Antrags auf Befreiung von Vorschriften der revidierten Gasrichtlinie geklagt; das Verfahren ist momentan vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf anhängig. Klage wurde zudem beim EU-Gerichtshof eingereicht; ein Berufungsverfahren ist derzeit anhängig. Außerdem läuft momentan ein Schiedsverfahren wegen Verletzung des Energiecharta-Vertrags durch die EU aufgrund von Änderungen der Gasrichtlinie.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/04/05/1567695_0:160:3073:1888_1440x0_80_0_0_769ba0e065ce45de64764410a33ec6ad.jpg

Dan-news.info: Ab dem 1. Juni 2021 werden die Renten in der DVR um 17%. Damit beträgt die Mindestrente 6571 Rubel.

Außerdem werden elf Arten von Sozialzahlungen zwischen 5% und 35% erhöht.

Die Versicherungszahlungen bei Arbeitsunfällen werden um 1700 Rubel auf 10.200 Rubel erhöht.

de.rt.com: **Krim: FSB nimmt Mann wegen Spionage für Ukraine fest**

Der Föderale Sicherheitsdienst Russlands nimmt auf der Krim einen Mann fest, der Daten

über Flüge der russischen Luftstreitkräfte für ukrainische Sonderdienste gesammelt haben soll. Gegen den Mann wird ein Strafverfahren wegen Landesverrats eingeleitet. Er sitzt in Untersuchungshaft.

Mitarbeiter des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB haben einen Einwohner von Simferopol auf der Krim festgenommen, der für die Sonderdienste der Ukraine Daten über Flüge der russischen Luftstreitkräfte gesammelt haben soll. Dies gab der FSB-Presse Dienst am Donnerstag bekannt.

Wie der FSB mitteilte, hat er die illegalen Aktivitäten eines Einwohners von Simferopol, der im Interesse der Geheimdienste der Ukraine handelte, unterbunden. Den Angaben zufolge erhielt ein ukrainischer Sonderdienst von dem russischen Staatsbürger über einen langen Zeitraum hinweg durch spezielle Antennen- und Empfangsgeräte Information über Flüge der russischen Luftstreitkräfte.

Der FSB betonte, dass diese Informationen gegen die Sicherheit der Russischen Föderation verwendet werden sollten. Deshalb wurde gegen den Verdächtigen ein Strafverfahren wegen Landesverrats eingeleitet und der Mann in Untersuchungshaft genommen. Bei einer Verurteilung drohen ihm bis zu 20 Jahren Gefängnis.

Zudem veröffentlichte der FSB ein Video von der Festnahme des Mannes. Dieses zeigt operative Handlungen am Wohnort des Verdächtigen. Insbesondere wurden bei ihm ein Ortungsprogramm, eine Flugkarte und eine Flagge der Ukraine vorgefunden. Die Festnahme war vom Kiewer Gericht in Simferopol genehmigt worden.

Bereits am 22. April hat der FSB bei einem Einsatz in der Region Stawropol einen Anhänger der terroristischen Organisation Islamischer Staat festgenommen, der einen Anschlag auf die feierliche Militärparade am Tag des Sieges in der sibirischen Stadt Norilsk geplant haben soll. Laut der FSB-Mitteilung hatte der Verdächtige vor, marschierende Soldaten in die Luft zu sprengen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60d45b8748fbef12ff511e0b.jpg>

Armiyadnr.su: Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR
Die ukrainischen bewaffneten Formationen destabilisieren weiter die Lage an der Kontaktlinie.

Heute haben Besatzer aus der 28. Brigade in grober Verletzung der Minsker Vereinbarungen und des Maßnahmekomplexes zur Einhaltung des Waffenstillstands ein Kampfdrohne vom Typ „Quadrokopter“ gegen die Verteidiger von Staromichajlowka eingesetzt.

Die feindliche Drohne wurde rechtzeitig von Luftabwehreinheiten der Volksmiliz bemerkt und vernichtet.

Aber davor gelang es den Besatzern eine Sprengeinrichtung abzuwerfen, die detonierte und einen Verteidiger unserer Republik tödlich verletzte.

Wir sprechen den Verwandten und Freunde des getöteten Verteidigers uns aufrichtiges

Mitgefühl aus.

Die Handlungen der ukrainischen Besatzer werden nicht ungestraft bleiben, und der Feind wird die verdiente Strafe für das begangene Verbrechen erhalten.

Wir erinnern daran, dass der Einsatz von Kampfdrohnen völlig analog zu Angriffshandlungen ist und es uns erlaubt, adäquate erwidernde Maßnahmen mit von den Minsker Vereinbarungen erlaubten Waffen gegen den Gegner zu ergreifen.

Wir rufen die internationale Gemeinschaft auf, den Fall verbrecherischer Aktivitäten der ukrainischen bewaffneten Formationen, der klar den Unwillen der Ukraine demonstriert, die übernommenen Vereinbarungen einzuhalten und den Konflikt im Donbass friedlich zu regeln, zu registrieren.

de.rt.com: **Russlands Außenministerium: USA verweigern Dialog zu Cybersicherheit, statt Kooperation auszuweiten**

Die Vereinigten Staaten verweigern Russland einen umfassenden Dialog über Cybersicherheit. Stattdessen politisiere Washington das Thema und verweigere Berücksichtigung konkreter Angriffe auf russische Einrichtungen. Das bemängelte Vizeaußenminister Sergei Rjabkow.

Russland will sich nicht in einer Situation wiederfinden, in der die USA die Zusammenarbeit im Bereich der Cybersicherheit aus politischen Gründen verweigern. Im Gegenteil soll man die bilateralen Kontakte in diesem Bereich wiederherstellen. Dies erklärte der stellvertretende russische Außenminister Sergei Rjabkow am Mittwoch gegenüber der russischen Nachrichtenagentur TASS.

"Die Kontakte zur Cybersicherheit müssen wiederhergestellt werden, und das Letzte, was wir hier wollen, ist, dass wir uns erneut in einer Situation wiederfinden, in der die US-amerikanischen Kollegen aus politischen, streng politischen Gründen uns de facto die politische Zusammenarbeit verweigern."

Aktuell, so Rjabkow, gehen die USA bisher einem umfassenden Dialog mit Russland aus dem Weg. Stattdessen politisieren sie das Thema und verengen es gleichzeitig auf Fragen krimineller Aktivitäten im digitalen Umfeld. Sie beziehen auch keine anderen Aspekte der Sicherheit im Bereich der Kommunikation ein.

"Wir sind bereit, einen Dialog mit den US-Amerikanern in einem behördenübergreifenden Format zu führen, und solche Kontakte hat es auch früher schon gegeben. Leider haben unsere US-Kollegen dieses ganze Thema politisiert. Und in letzter Zeit brechen sie es auf Fragen im Zusammenhang mit rechtswidrigen Aktivitäten im Cyberraum herunter. Bei aller Wichtigkeit dieses Bereiches befinden wir es für falsch, den Dialog nur darauf zu reduzieren." Doch selbst wenn man diesen engen Fokus beibehält: Auch dabei zeigen sich die USA nicht gebührend auf Interaktion eingestellt. So ignoriert Washington Forderungen von russischer Seite, konkrete Fälle von Cyberangriffen auf russische Einrichtungen angemessen zu berücksichtigen. Lawrows Vize bemängelte:

"Selbst in dem engen Segment, das hypothetische rechtswidrige Handlungen bestimmter Personen anbelangt und über das in letzter Zeit in Washington viel gesprochen wird – selbst hier ist Entgegenkommen von US-amerikanischer Seite wichtig. Denn zu großem Bedauern werden Situationen mit mehrfachen Angriffen und zerstörerischen Einflussnahmen auf Einrichtungen unter russischer Gerichtsbarkeit nicht angemessen behandelt – trotz unserer wiederholten Aufrufe und Bitten, Kontakt aufzunehmen und entsprechend zu kooperieren, wie es in früher geschlossenen Abkommen vorgesehen ist".



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60d46c61b480cc53ff37c45b.jpg>

Armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 24.06.2021**

Die ukrainische Seite verletzt weiter grob ihre Verpflichtungen zur Einhaltung eines Regimes der Feueereinstellung.

So wurden **in den letzten 24 Stunden sieben Verletzungen des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer der 10. Gebirgssturmbrigade auf Befehl des Brigadekommandeurs Kotlik viermal das Feuer auf Ortschaften der Republik eröffnet. So hat der Gegner von den Positionen im Gebiet von Majorsk aus die **Siedlung des Bergwerks 6/7** mit Antipanzergrenatwerfern und Schusswaffen beschossen, von den Positionen im Gebiet von Leninskoje wurde das Feuer mit 120mm-Mörsern auf die **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** eröffnet, von den Positionen im Gebiet von Nowgorodskoje aus wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern auf **Schirokaja Balka** und **Oserjanowka** geschossen, wobei auf die Ortschaften 16 120mm- und 12 82mm-Mörsergeschosse abgefeuert wurden.

In **Richtung Donezk** haben Strafruppen der 72. mechanisierten Brigade von den Positionen im Gebiet von Awdejewka aus mit 120mm-Mörsern **Mineralnoje** beschossen und sieben Mörsergeschosse abgefeuert.

Es muss angemerkt werden, dass zur Verhinderung der Feststellung der Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung der Gegner eine Station der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD aus dem Bestand einer mobilen Gruppe des 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt hat, was es den OSZE-Beobachter nicht erlaubt, diesen Beschuss zu erfassen.

In **Richtung Mariupol** haben Strafruppen der 93. Brigade auf Befehl des Brigadekommandeurs Brishinskij fünf 120mm-Mörsergeschosse auf **Nowolaspa** abgefeuert. Durch Beschuss von Seiten der Terroristen der 10. und 72. Brigade wurde ein Wohnhaus in Sajzewo in der Rybalko-Straße 144 beschädigt, außerdem wurden eine Niedrigdruckgaseleitung und die Verglasung der Fassade der Kogenerationsstation des Sasjadko-Bergwerks in der Noworossijskaja-Straße 9b beschädigt.

Um die Zivilbevölkerung zu schützen, waren unsere Verteidiger gezwungen, das Feuer mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen zu erwidern und die Feuerpunkte des Gegners zu vernichten.

Seit Beginn des heutigen Tages haben Kämpfer der 28. Brigade auf Befehl Martschenkos von den Positionen im Gebiet von Marjinka aus die **Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** beschossen und sieben 120mm-Mörsergeschosse abgefeuert.

Infolge der Aggression der ukrainischen Strafruppen **starb ein Verteidiger unserer Republik** aufgrund der Detonation einer unbekanntes Sprengvorrichtung.

Wir sprechen den Verwandten und Freunde des Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus. Die Fälle von Verstoß wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um rechtzeitig Maßnahmen gegen die an der Verletzung des Waffenstillstands Schuldigen zu ergreifen und um Fälle von Fälschung von Berichtsdaten über Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Es ist wichtig anzumerken, dass die Versuche der Vertretung der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert wurde.

Es wurde entdeckt, dass in Verletzung des dritten Punktes der Zusatzmaßnahmen drei Stück **Waffen und Militärtechnik der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium stationiert sind.

Aus dem Bestand der 28. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte: ein gepanzertes Reparatur- und Bergungsfahrzeug in der Nähe eines Wohnhauses in der Nachimow-Straße in Krasnogorowka.

Aus dem Bestand der 93. mechanisierten Brigade:

ein Schützenpanzerwagen in Wohngebieten am nordwestlichen Rand von Bogdanowka.

Aus dem Bestand der 128. Gebirgssturmbrigade:

ein gepanzertes Aufklärungs- und Spähfahrzeug in der Perwomajskaja-Straße in Tschermalyk.

Die ukrainische Seite behindert weiter zielgerichtet die Arbeit der internationalen Beobachter, indem sie die Funktion von Drohnen der OSZE-Mission blockiert. So hat der Gegner, um die Entdeckung von Verstößen von Seiten der 28., 10. und 72. Brigade zu verhindern, Stationen zur Funkblockade von Leitungs- und Navigationskanälen von Drohnen „Bukowel-AD“ aus dem Bestand einer mobilen Gruppe des 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung in den Gebieten von Krasnogorowka, Schumy und Nowoselwoka eingesetzt. Im Verantwortungsbereich der 59. Brigade der ukrainischen Streitkräfte führen die Strafruppen Maßnahmen zur Verstärkung von Minensperren durch und bedrohen damit unmittelbar Leben und Gesundheit friedlicher Bürger. Wir stellen die Arbeit ukrainischer Pioniere zur Installation zusätzlicher Minensperren am östlichen und westlichen Rand von Nowoluganskoje fest, auch auf öffentlichen Straßen.

Das Kommando der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ verheimlicht weiter **nicht kampfbedingte Verluste**, um Bestrafungen in der Folge von Kontrolle des Stabs der OOS zu vermeiden.

Nach unseren Informationen gab es einen weiteren nicht kampfbedingten Verlust im 3. Bataillon der 72. Brigade im Gebiet von Awdejewka. Zwei Kämpfer tranken Alkohol auf ihrem Kampfposten in der Nacht. Während eines Streits schoss ein Kämpfer seinen Kameraden aus nächster Nähe in den Bauchbereich

In der 128. Brigade sind auch nicht kampfbedingte Verluste aufgrund von Alkoholmissbrauch festzustellen. Heute Morgen schoss sich der Soldat Petrenko auf den Positionen eines Panzergrenadierbataillons im Gebiet von Wodjanoje in unzurechnungsfähigem Zustand mit einem Unterlaufgranatwerfer ins Bein, dabei erlitt er Splitterverletzungen an den unteren Gliedmaßen. Der Verletzte wurde ins militärmedizinische Hospital von Mariupol eingeliefert. Zu den Vorfällen wurden auf Anweisung des Kommandeurs der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ Litwinow Kommissionen zur Überprüfung der Organisation des Dienstes auf den Kampfpositionen in die Brigade entsandt.

Nach Angaben unserer Aufklärung arbeiten im Gebiet von Netajlowo **Mitarbeiter des SBU, um Fälle von gesetzwidrigem Besitz von Waffen und Munition aufzudecken.**

So haben nach uns vorliegenden Informationen im 13. Bataillon der 58. Brigade unter Leitung des Bataillonskommandeurs Guljajew drei Offiziere ein Geschätz zur gesetzeswidrigen Abschreibung von Munition, die angeblich für militärische Ausbildung genutzt wurde, organisiert, um diese im weiteren zu verkaufen.

Um ihre Beteiligung zu verheimlichen, erstellten die Offiziere unter Einsatz ihrer Untergebenen Verstecke mit Waffen und Munition, deren Koordinaten im weiteren an Komplizen über soziale Netzwerke weitergegeben werden.

Das Kommando der OOS setzt den Terror gegen die Bevölkerung auf dem kontrollierten Territorium fort. So führen nach unseren Informationen im Verantwortungsbereich der 93. Brigade im Gebiet von Wolnowacha Kämpfer der BFU gemeinsam mit Vertretern des SBU Razzien zur Auffindung örtlicher Einwohner durch, die Unzufriedenheit mit den Aktivitäten der BFU äußern. Unter dem Vorwand der Durchsuchung von Keller- und Dachbodenräumen von Wohnhäusern auf Waffenverstecke sind Fälle von Diebstahl von persönlichem Eigentum festzustellen.

Nach Informationen der Polizeiabteilung wurden fünf Anzeigen von Bürgern wegen gesetzwidriger Aneignung von persönlichem Besitz festgestellt.

snanews.de: **EU-Russland-Gipfel initiiert: Moskau braucht „Klarstellung unserer Kollegen“ – Lawrow**

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat am Donnerstag mitgeteilt, er wisse von einem Vorschlag, einen EU-Russland-Gipfel durchzuführen, habe aber keine Details bzw. mögliche Tagesordnung.

„Wir haben natürlich von dem Vorschlag Frankreichs und Deutschlands gehört, einen EU-Russland-Gipfel abzuhalten“, bestätigte Lawrow bei einem Briefing. Man wisse allerdings nicht, worüber gesprochen werden soll und wie die Agenda des Gipfels aussehen werde. Zudem bleibe unklar, ob alle anderen EU-Mitglieder den Vorstoß unterstützen.

„Wir brauchen also die Klarstellung unserer Kollegen, was sie im Sinn haben und was sie anstreben“, sagte der Minister.

Es sei zudem schwer zu verstehen, wie die Idee eines EU-Russland-Gipfels zu der neuen EU-Strategie gegenüber Moskau passen soll, sagte Lawrow. „Erst vor kurzem hat die Europäische Union eine neue Politik gegenüber Russland beschlossen, die als dreiteilige Politik formuliert ist: Abwehr, Eindämmung und Engagement, wo es für die EU von Interesse ist.“

„Wenn diese Philosophie der Gipfelinitiative zugrunde liegt, ist es sehr interessant, wie ein solches hypothetisches Ereignis eröffnet und sofort von ‚Abwehr‘ gefolgt werden soll. Und dann von ‚Eindämmung‘. Wie all dies kombiniert werden soll, ist für mich schwer zu sagen“, so Lawrow.

Der Außenminister nimmt an, dass der Vorschlag der EU-Kollegen in Zusammenhang mit dem Putin-Biden-Gipfel stehe. Die EU habe dies als Signal dafür wahrgenommen, „ein bisschen Unabhängigkeit zu zeigen“, so der Minister.

Der russische Präsident Wladimir Putin und US-Präsident Joe Biden hatten sich am 16. Juni in Genf getroffen und vereinbart, ihren Dialog fortzusetzen.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/03/1f/1517026_0:41:2959:1705_1440x0_80_0_0_5ef513a8bd081de314b30b0339deaf3f.jpg